

RICHTIG GROSSES KINO

Liebe Leserinnen und Leser,

meinen PP-Newsletter habe ich in zwei Teile aufgespalten, die getrennt versendet werden. In einen „allgemeinen“ (Teil A) und in einen Börsenteil (Teil B), der sich an Anleger richtet. Beide Teile werden aus technischen Gründen im wöchentlichen Wechsel versendet werden, um ein zu hohes Mail-Aufkommen zu verhindern. Heute ist wieder Teil A an der Reihe.

Liebe Leserinnen und Leser,

morgen ist es schon wieder soweit: Kaum hat sich die CDU nach dem Schrecken der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt ob ihrer Halbierung die Wunden geleckt, da droht heute schon wieder Ungemach. Und das gleich im Doppelpack, nämlich in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin.

Sollten die in den letzten Tagen veröffentlichten Wahlprognosen ins Schwarze treffen, könnte sich die CDU in Berlin mit der Linken ein Kopf an Kopf-Rennen liefern, dicht gefolgt allerdings von der AfD und den Grünen.

In Mecklenburg-Vorpommern sieht es nicht minder spannend aus. Manuela Schwesig als beliebte Ministerpräsidentin könnte der zuletzt ebenfalls geschundenen SPD dort zu einem Ergebnis von 36 Prozent verhelfen, die AfD läge in etwa gleichauf, die Grünen müssen um den Einzug ins Parlament bangen und die CDU muss hoffen, die ihr zuletzt vorhergesagten, grottenschlechten 6 Prozent auch tatsächlich einfahren zu können. Sollte sie in MeckPomm aus dem Landtag fliegen, tickt die Uhr für des Kanzlers Restzeit im Kanzleramt noch lauter als sie es ohnehin schon tut. Eines gilt es Herrn Merz aber zugute zu halten:

Das Land, dessen Kanzlerschaft er angetreten hat, zeigt bis heute tiefe, unverheilte politisch-soziale Narben der Ära Merkel und Olafs des Vergesslichen. Und die CDU stellt schon seit vielen Jahren keine Partei der Mitte mehr dar, sie ist zu einer wehrlos rot-grün dominierten Partei der Wokeness und des unter den Flaggen

des Klimawahns, der Diversität, der Weltoffenheit, der Toleranz und der 73 Geschlechter dahinflatternden Zeitgeistes geworden, beseelt von einer kriegstrunkenen und immer aggressiver auftretenden Russophobie und geradewegs verstörend devot auftretend gegenüber supranationalen „Organisationen“ wie der EU-Kommission, der WHO, dem WEF und der Nato.

Aber bei vielen CDU-Wählern brauchte es halt 20 Jahre oder länger, um diesen fundamentalen Richtungswechsel ihrer vorgeblich konservativen Partei im Richtung links-grün erkennen, ihn sich einzugestehen und letztlich auch die Konsequenzen daraus ziehen zu können. Dabei entspricht das Wahlprogramm der AfD nahezu vollkommen dem Wahlprogramm der AfD von 2002, worauf ich mir in einem Beitrag für die EpochTimes schon 2017 hinzuweisen erlaubte. Dort finden Sie ihn nicht mehr wohl aber hier:

<https://www.jochen-roemer.de/Gottes%20Warnung/Hintergrund/Archiv/Beitraege/Verschiedenes/%E2%80%9EWieso%20gilt%20die%20AfD%20eigentlich%20als%20rassistisch%E2%80%9C%20Ein%20Blick%20ins%20Wahlprogramm%20der%20CDU%20von%202002.pdf>

Nichts verstanden. Wirklich nichts!

Höre oder lese ich nach dem Debakel von Sachsen-Anhalt ernst genommen werden Analysen von ernst genommen werden wollenden Politikern, die wirklich davon ausgehen, dass beispielsweise eine Verbesserung bei den Verspätungen der Bahn oder kosmetische Maßnahmen zum Drücken der hohen Benzinpreise den Zuspruch zur CDU wieder vergrößern könnte, wird es mir wirklich angst und bange für die Christdemokraten. Können oder wollen sie nicht sehen, warum sich selbst ihr Stammwählerschaft mit Grausen von ihnen abwenden. Ich hätte da ein paar Ratschläge fürs Konrad Adenauer-Haus:

1. Hören Sie auf, vor den Linken und vor allem den Grünen zu Kreuze zu kriechen, fokussieren Sie sich auf ihre traditionellen, konservativen Werte der Mitte!
2. Beenden Sie die Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme, schalten Sie die von der Regierung Merkel ins Leben gerufenen Pullfaktoren ab.
3. Verweisen Sie alle ausreisepflichtigen Migranten des Landes und setzen Sie das auch tatsächlich um!
4. Arbeiten Sie nicht daran, die einzige Oppositionspartei im Lande verbieten zu lassen, sondern machen Sie sich klar, warum sie denn so stark werden konnte!
5. Machen Sie sich endlich ehrlich anstatt wie mit Scheuklappen grüne und linke Narrative nachzuplappern! Die erschreckenden Ergebnisse der neuen PISA-Studie liegen ganz wesentlich daran, dass in den Grundschulen heute bis zu 90 Prozent Kinder „mit Einwanderungsgeschichte“ sitzen, die über keine oder nur unzureichende Deutschkenntnisse verfügen. Da muss angesetzt werden, nicht bei „sozio-ökonomischen“ Artefakten.
6. Trennen Sie Politik und Wissenschaft! Hören Sie auf, woke Ideologie in die Schulen und Universitäten zu tragen und sprachliche Würgregreflexe wie „Wahlen zu/r/m Oberbürger*innenmeister*innen“ auszulösen!

7. Verschleudern Sie Steuergeld nicht weiter in sündhaft teure, völlig ergebnisfreie Entwicklungshilfeprogramme, nur weil es dafür ein Ministerium und einen aufgeblähten Apparat gibt.

8. Kappen Sie die Förderung der in die Hunderte gehenden sog. NGOs zur Förderung „unserer Demokratie“, der Vielfalt und der Bekämpfung angeblich Rechtsradikaler. Hören Sie stattdessen endlich zu, was die Bürger sagen und wollen!

9. Wenn Sie schon Schulden in Billionenhöhe auftürmen, dann bitte nicht für Rüstung, Rüstung, Rüstung, die Unterstützung der Ukraine und die Alimentierung illegaler Zuwanderer, sondern für bezahlbare Energie, Kindergärten, Schulen, Forschung, junge Unternehmen, Familien, Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau.

10. Hören Sie auf, wie besessen die Gefahr eines russischen Angriffs auf die Nato zu predigen. Kooperieren Sie mit Russland! Die Allianz von deutschem Know-how mit russischen Rohstoffen - seit über 100 Jahren das größte Schreckensszenario für die USA. Machen Sie Deutschland friedensbereit, nicht kriegstüchtig!

11. Setzen Sie die Interessen und den Willen des deutschen Souveräns durch - laut Grundgesetz die Bürger - anstatt nationale Interessen den zwielichtigen Machenschaften der EU-Kommission, der WHO oder des WEF zu unterwerfen.

12. Treten Sie „unsere Demokratie“ in die Tonne. Sie gehört nicht Ihnen, sondern allen Bürgern!

13. Halten Sie, was Sie vor der Wahl versprochen haben. Und wenn Sie das nicht können, machen Sie freundlicherweise Platz.

14. Am wichtigsten: Lesen Sie einmal das Grundgesetz. Es wird höchste Zeit!

Richtig großes Kino!

Für viele Menschen ist die Fahrt zur Tankstelle längst zu einem Akt der Verzweiflung, aber auch der Wut geworden. Aber was will man machen, wenn der US-Präsident, die Mullahs und die Huthis der Welt den Ölhahn zudrehen? Sagt die Regierung. Sagen die Qualitätsmedien.

Schaut man genauer hin, stellt sich die Situation allerdings anders da. Und das sogar ganz gewaltig anders:

Durch die Meerenge von Hormus wurden vor Kriegsbeginn am Persischen Golf etwa 20 Prozent des weltweiten Ölexports abgewickelt. Nach dem Ausfall dieser Lieferungen stieg der Ölpreis bis jetzt jedoch nicht dementsprechend an, sondern um recht genau 50 Prozent. Das liegt aber nicht an den Ölkonzernen, sondern an den Exportländern!

Im Juni 2008 lag der Preis für ein Barrel Rohöl bei 145 US\$ und der Liter Diesel kostete 1,49 Euro. Heute wird das Fass Rohöl für 104 US\$ gehandelt, der Liter Diesel aber kostet nicht etwa 1,07 Euro, sondern 2,40 Euro. Und schon wird der Ruf nach einer Übergewinnsteuer laut. Sie wissen schon: „Haltet den Dieb!“

Aber Vorsicht! Der Hase liegt ganz anderswo im Pfeffer: 2008 notierte EUR/US\$ bei 1,55, heute bei 1,15. Die Gemeinschaftswährung ist gegenüber dem Dollar massiv unter die Räder gekommen. Und Rohöl wird nun einmal auf Dollarbasis gehandelt. Der schwache Euro ist also eine der wichtigsten Ursachen des gegenüber 2008 so stark verteuerten Treibstoffs. Niemand hat uns gefragt, ob wir den Euro haben wollten. ...

Die mit Abstand wichtigste Ursache aber ist in der Bundeshauptstadt beheimatet und hört auf den Namen Bundesregierung. Also jener illustren, bunten Truppe, die sich justament auf eine symbolische Preissenkung an den Zapfsäulen geeinigt hat. Nur, einmal aufgedröselte am Preis für einen Liter Superbenzin:

44,76 Prozent des Preises gehen für die Kosten von der Förderung bis zur Zapfsäule drauf, 31,8 Prozent für Energiesteuer, 15,97 Prozent für Mehrwertsteuer und 7,62 Prozent für die CO₂-Abgabe. 55,39 Prozent des Literpreises fließen also der Regierung zu, die sich buchstäblich dumm und dämlich verdient, mit dem Finger auf andere zeigt und mit einer Übergewinnsteuer ggf. noch einen drauflegen will. Schande über sie! https://de.statista.com/statistik/daten/studie/802/umfrage/zusammensetzung-verbraucherpreis-fuer-superbenzin/#google_vignette

Falls Sie nachrechnen, kommen Sie bei der Addition der prozentualen Anteile des Literpreises auf insgesamt 100,15 Prozent. Das muss aber richtig sein; es kommt da vom Statistischen Bundesamt :-)

Mit besten Grüßen und Wünschen!



Axel Retz

„Öl ist eine viel zu wichtige Ressource, um einfach den Arabern überlassen zu werden.“

„Kontrolliere Öl und du kontrollierst ganze Länder; kontrolliere Lebensmittel und du kontrollierst die Menschen.“

Henry Kissinger (1923 - 2023), am. Politiker und Außenminister

Impressum: private profits newsletter (c) 2026. Verantwortlich für den Inhalt: Axel Retz (V.i.S.d.P.)
Kontaktadresse Redaktion

Axel Retz Am Goldhügel 44 95517 Seybothenreuth
Tel.: +49 (0) 9275 914 756
eMail: pp@axel-retz.de / www.private-profits.de

Warnung: Dieser Newsletter enthält eigene Meinungen des Verfassers nach Art. 5 des Grundgesetzes. Ihn zu lesen oder weiterzuverteilen, kann zu einer unerwarteten Erweiterung des eigenen Horizonts oder dem Dritter führen. Ihn nicht zu lesen oder weiterzuverbreiten, wird Sie und Andere von der Bürde befreien, selbst zu denken. Besonders rasch kommen Sie auf diesem Weg voran, wenn Sie jede Ausgabe nicht nur einmal, sondern gleich drei- oder fünfmal nicht lesen. Aber denken Sie daran: Wer in der Demokratie einschläft, wacht in der Diktatur auf!

> Sollten Sie den **private profits-newsletter** nicht mehr beziehen wollen, genügt eine Benachrichtigung an pp@axel-retz.de oder nutzen Sie folgenden Link <http://www.private-profits.de/newsletter.html>